

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 71 (1991)
Heft: 3

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Herausgeber und Redaktion der «Schweizer Monatshefte» beklagen den unerwarteten Tod ihres Präsidenten

Richard Reich

Dem Vorstand der «Gesellschaft Schweizer Monatshefte» gehörte er seit 1970 an, ihr Präsident war er seit Juli 1982. Wir verlieren mit ihm einen den Fortbestand der Zeitschrift umsichtig planenden und absichernden Vorsitzenden. Der Redaktion war er ein erfahrener Partner und Freund, dessen Ratschlag und Hilfe uns fehlen werden. Seit 1960 war er zudem regelmässig mit viel beachteten Aufsätzen, Kommentaren und Kolumnen in den «Schweizer Monatsheften» vertreten, eine publizistische Leistung, die unersetztlich ist.

Das sein Tod eintrat, als diese Nummer in Druck ging, wird eine ausführliche Würdigung erst in der nächsten Ausgabe erfolgen können. Der Artikel, der dieses Heft eröffnet, ist Richard Reichs letzter Beitrag für die Zeitschrift.

Vorstand und Redaktion
der «Schweizer Monatshefte»

Ein schwerer Urnengang

Es war bisher üblich, die eidgenössischen Wahljahre soweit als möglich von Referendumskämpfen zu entlasten. Von den vier traditionellen Abstimmungsterminen wurde jeweils jener vom September ganz fallengelassen, und im Juni gelangten normalerweise nur politische Leichtgewichte zur Entscheidung. Die Zeiten der wahlaktischen Positionsbezüge mit ihren PR-Fieberschüben bieten keinen guten Hintergrund für umstrittene Sachabstimmungen, deren Inhalte schon bei ruhigerem Klima nur mit erheblichen Schwierigkeiten an den Mann, beziehungsweise an die Frau zu bringen sind. Der traditionelle Abstimmungstermin im Dezember aber wurde deshalb gemieden, weil die «Helden», das heisst

die politischen Protagonisten mitsamt ihren Parteiapparaten, dann «müde» von den Wahlen im Oktober zu sein pflegten — nicht zu reden von der Stimmbürgerschaft, deren «Jahresbedarf» an propagandistischem Feuerwerk zu jenem Zeitpunkt jeweils ebenfalls mehr als gedeckt erschien.

In diesem Wahljahr 1991 wird es erstmals seit langem anders sein. Am 2. Juni soll des Volk über nicht mehr und nicht weniger als eine neue Finanzordnung entscheiden. Mitten in den Vorgeplänkeln für den «heissen Herbst» der Parlamentserneuerung wird also eine Abstimmungskampagne durchgeführt, deren Thematik ein besonderes Mass an differenzierter Information voraussetzt. Denn das eid-

genössische Fiskalsystem ist sachlich extrem komplex und politisch seiner Natur nach äusserst spannungsgeladen. Abstimmungen über grössere Finanzreformen streifen deshalb im Grunde genommen die Grenzen der direkten Demokratie. Wenn es an der Urne um den eigenen Geldbeutel geht, hört der Spass selbst für uns demokratische Musterknaben bald einmal auf. (Das wäre auch im Ausland um keinen Deut besser, wenn dort bei Steuerreformen das letzte Wort beim Volk läge.)

Warum dann die Wahl dieses problembeladenen Abstimmungstermins? Es tönt fast unglaublich: Das hat sich zwangsläufig so ergeben, weil der Bundesrat sich im Fahrplan verschägtzt hatte. Als er seine Vorlage im Juni 1989 veröffentlichte, nahm er an, dass die Behandlung im Parlament zügig genug vorwärts gehen werde, um die Volksabstimmung bis Ende 1990, oder doch spätestens im März 1991, unter Dach zu bringen. Diese knappe Terminkalkulation war ihrerseits durch Verzögerungen bereits im Vorfeld der definitiven Bereinigung des bundesrätlichen Konzepts bedingt. Denn die entsprechenden Versuchsbälleone Bundesrat Stichs hatten harte Attacken vor allem gegen den ursprünglich vorgesehenen Einbau einer Energieabgabe ausgelöst und provozierten sogar parlamentarische Vorentscheidungen, die ihre Zeit brauchten.

Doch auch im parlamentarischen Verfahren selbst blieben unserem Finanzminister Überraschungen nicht erspart. Die Ständekammer, die sich als Erstrat mit dem Geschäft zu befassen hatte, nahm zur Überraschung fast aller Experten eine tiefgreifende Änderung vor, indem sie — entgegen dem Vorschlag des Bundesrats — sozusagen zum Sprung ins tiefe, kalte Wasser

ansetzte und statt einer blosen Reform des geltenden Umsatzsteuer-Systems den Übergang zur Mehrwertsteuer beschloss.

Diese Mehrwertsteuer, über deren finanztechnische Zweckmässigkeit unter Fachleuten längst Einigkeit herrscht, war dem Volk bereits 1977 und 1979 von Regierung und Parlament vorgeschlagen, aber beide Male deutlich abgelehnt worden. Das veranlasste den Bundesrat diesmal zur Vorsicht. Er hielt den Systemwechsel nach wie vor für schwer durchsetzbar und wusste sich darin zunächst auch mit den meisten Finanzpolitikern der Bundesratsparteien einig.

Doch dann kam der Ständerat, nicht zuletzt unter dem Eindruck der wachsenden Diskussionen rund um die schweizerische «Europakonformität», zum gegenteiligen Schluss. Und der Nationalrat mochte seinerseits das Steuer nicht mehr herumreissen. Dass damit die politische Realisierbarkeit des Reformkonzepts erschwert wurde, zeigte sich schon bei der Behandlung im Nationalrat. Es bedurfte eines Grossesatzes der Bundesratsparteien, um nach einer langen Reihe von harten Pokerpartien ein Kompromisspaket zu schnüren.

Zwar wurde dieses Paket dann vom Parlament praktisch unverändert und mit deutlichen Mehrheiten verabschiedet. Doch zeichneten sich sofort starke Gegenpositionen im Bereich der Interessenverbände ab. So wetzen zumindest Teile des Gewerbes längst die Messer, um der in ihren Kreisen ungeliebten Mehrwertsteuer am 2. Juni einmal mehr den Garaus zu machen. Andere wirtschaftliche Gruppen tun sich ebenfalls schwer, einzelne kritische Elemente des Kompromisspaketes um der beiden übergeordneten Hauptziele der

Vorlage willen zu schlucken: Eliminierung der seit Jahren schwer kritisierten «taxe occulte» mit ihren wettbewerbsverzerrenden Nachteilen, insbesondere im internationalen Gütertausch, sowie die Revision der Stempelgebühren, die in ihrer gegenwärtigen Form die Konkurrenzsituation des «Finanzplatzes Schweiz» laufend verschlechtern.

So gehen wir einem Urnengang entgegen, der einer schwierigen Reform unter äusserst schwierigen Rahmenbedingungen zum Durchbruch verhelfen soll. Die Aussichten sind nicht eben rosig. Und die Tatsache, dass grössere

Finanzreformen in diesem Land von jeher, wenn überhaupt, meist erst im zweiten oder dritten Anlauf gelungen sind, ist ein ausgesprochen schwacher Trost. Die Zeit wird nämlich knapp. Eine zweite Auflage der Reform wäre schon parlamentarisch nicht so leicht unter Dach zu bringen. Anderseits müsste sie für 1994 bereit sein, weil dann das geltende Recht ausläuft. Als realistische Alternative bliebe damit wohl nur eine Verlängerung der erklärtermassen reformbedürftigen gelgenden Finanzordnung. Das aber würde der politischen Gestaltungskraft dieses Staates kein gutes Zeugnis ausstellen.

Richard Reich

Walter Eucken

Walter Eucken, Kopf der «Freiburger Schule», gehört zweifellos zu den grossen Ökonomen und originellen Denkern der deutschsprachigen Nationalökonomie. Er wäre zu Beginn dieses Jahres 100 Jahre alt geworden. Grund genug, des Mannes zu gedenken, der in seinen jungen Jahren Ferdinand Hodler für sein Gemälde, das an den Auszug der Jenenser Studenten in den Krieg gegen Napoleon (Universität Jena) erinnert, Modell gestanden hatte. Sein Einfluss als Ökonom ist noch heute spürbar. Als *spiritus rector* jener Wirtschaftsordnung, zu der sich nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges die Bundesrepublik Deutschland unter der politischen Führung von *Ludwig Erhard* bekannte, hatte Eucken die *massgebliche theoretische und ideelle Vorarbeit* geleistet. Er war der Vordenker und Wegbereiter der Marktwirtschaft, wie sie in der Bundesrepu-

blik aus der Taufe gehoben wurde. Die Ordoliberalen bildeten sozusagen den Kern im Prozess der Wiedergeburt liberalen Denkens im Nachkriegsdeutschland. Berühmte Namen wie *Prof. Alfred Müller-Armack*, der Schöpfer der *sozialen Marktwirtschaft*, *Prof. Franz Böhm*, *Prof. Friedrich A. von Hayek*, *Prof. Friedrich A. Lutz*, der seinen letzten Lebensabschnitt in Zürich verbrachte und an der Universität lehrte, *Wilhelm Röpke* und andere waren mit der Freiburger Schule eng liiert.

Die bleibenden Verdienste von Eucken liegen auf zwei Ebenen:

1. Im konsequenten ökonomischen Denken innerhalb von *Ordnungssystemen*. Die Ordnungstheorie und Ordnungspolitik sind zwar nicht seine «Erfindung». Aber er hat die Bruchstücke seiner Vorfürer aufgenommen und zu

einer *neuen Synthese* zusammengefügt. Die Ordnungspolitik hatte damit eine neue Qualität erreicht. Die theoretische Entwicklung ist seit Eucken allerdings nicht stillgestanden. Aber sie hat das Denken in Ordnungen deshalb nicht grundsätzlich verändert, sondern insbesondere verfeinert und bereichert. Die Erkenntnis, dass der Dreh- und Angelpunkt einer Marktwirtschaft stets der *Wettbewerb* ist — heute wird vom *wirksamen Wettbewerb* gesprochen —, hat Eucken sowohl in seinen «Grundlagen» wie in den «Grundsätzen der Wirtschaftspolitik» mit aller wünschenswerten Deutlichkeit herausgearbeitet. Im «*Ordo-Jahrbuch für Wirtschaft und Gesellschaft*» (seit 1948), einer Fundgrube liberalen Ordnungsdenkens, hat das Werk von Euken eine eindrucksvolle Fortsetzung bis in die Gegenwart erfahren.

2. Es war sodann Eucken, der dem *marxistischen Geschichtsdeterminismus* die These von der *«freien Gestaltbarkeit von Wirtschaftsordnungen* gegenüberstellte und begründete. Diese Arbeit musste in den vierziger und fünfziger Jahren geleistet werden; sie war für die Sinnhaftigkeit des Denkens in Ordnungen eine Voraussetzung. Denn wäre die Entwicklung, wie es die Marxisten glaubten postulieren zu können, lediglich die nach aussen sichtbar gewordenen Resultante eines *immanenteren Gesetzes* der Geschichte, so hätte die Suche nach neuen Ordnungsformen offensichtlich als vergebliche Liebessmühle eingestuft werden müssen. Das mag heute als eine Selbstverständlichkeit belächelt werden. Zu den Zeiten Euckens jedoch, als der Marxismus noch als Heilslehre auf der politischen Bühne einherstolzierte und nicht wenige Anhänger um sich zu scharen verstand, war die Erkenntnis der

Gestaltungsfreiheit alles andere als selbstverständlich.

Ist Ordnungspolitik eine *ideologische Chimäre*, ein Phantom, dem nachzuzeigen lediglich einige fehlgeleiteten Ökonomen erlegen sind? Wer in die wirtschaftspolitische Diskussion, nicht nur der Schweiz, hineinhorcht, könnte auch heute noch leicht den Eindruck gewinnen, dass dem so ist, weil eine einigermassen ordnungskonforme Wirtschaftspolitik natürlich nicht selten mit *Partikularinteressen* der verschiedensten Art auf Kollisionskurs gerät. Die Ordnungspolitik gehört nicht zu den Favoriten jener Gruppen, die stets auf der Lauer liegen, um die Wirtschaftspolitik als Transportmittel für ihre Partialinteressen zu missbrauchen. Deshalb vermögen sie ihr auch nicht in allen Teilen zu folgen. Sie entpuppt sich bisweilen als ein unbequemer wirtschaftspolitischer Lehrmeister.

Im Kern geht es bei der Ordnungspolitik aber nicht um Ideologie, sondern um etwas durchaus Handfestes und Reales. Wer nämlich zu den Aufbau- und Funktionsprinzipien einer Marktwirtschaft ja gesagt hat (Wertentscheid), wer also, einfach ausgedrückt, *individuelle Freiheit* und ein Ordnungssystem als «richtig» erachtet, das die Fähigkeit besitzt, knapp verfügbare Ressourcen — und die Menschheit lebt nun einmal in einer Welt voller Knappheiten — in bezug auf ihre bedürfnisbefriedigenden Qualitäten in der Tendenz *optimal* zu nutzen, muss sich offenbar auch zu einer Wirtschaftspolitik bekennen, die die systemimmanente Funktionalität nicht beeinträchtigt oder gar völlig aus den Angeln hebt. Tut sie dies nämlich, so beginnt die Marktwirtschaft pathologisch zu reagieren.

In diesem Sinne muss die Wirtschaftspolitik auf die marktwirtschaft-

liche Funktionalität *Rücksicht* nehmen. Sie liefert die Kriterien, an denen die Wirtschaftspolitik in bezug auf ihre Wünschbarkeit gemessen werden muss. Die marktwirtschaftliche Ordnung stellt einen Kompass zur Verfügung, der dafür sorgt, dass in der Wirtschaftspolitik, die ja stets aus verschiedenen Einzelteilen besteht, eine *erkennbare Richtung*, eben eine ordnungspolitische Ausrichtung, sichtbar wird. Sie soll verhindern, dass Wirtschaftspolitiker oder Interessenvertreter in der Phase der Meinungsbildung im Teich der Wirtschaftspolitik wie aufgeregte Enten richtungslos und kopflos hin und her schwadern. Dass sie dies nicht tun, ist deshalb von einigem Gewicht, weil Abweichungen von der Ideallinie in der Mehrzahl der Fälle mit *Wohlstandsverlusten* gekoppelt sind, also einen ökonomischen Preis haben, der, wie heute an den wirtschaftlichen Zuständen in den ehemals sozialistischen Ländern mit einiger Eindrücklichkeit abzulesen ist, zu Buche schlagen kann.

Es war nun vor allem Eucken, der diesen Gesichtspunkt herausgearbeitet hat. Er erfährt in Mittel- und Osteuropa eine überzeugende Rechtfertigung nun wieder; denn Reformpolitik, die Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien, ist eigentlich *Ordnungspolitik in Reinkultur*. Wer die Vorteile einer Marktwirtschaft ernten will, muss über ihre Prinzipien im Bild sein und dafür sorgen, dass diese realiter in die wirtschaftlich relevanten Gesetzgebungen Eingang finden. Um diese relativ einfache Erkenntnis ist nicht herumzukommen. Ihre Durchsetzung allerdings ist aus vorwiegend zwei Gründen nicht ganz einfach:

1. Parlamentarische Systeme, die gezwungen sind, verschiedene Auffassungen zu einem Gegenstand auf einen

gemeinsamen Nenner (Kompromiss) zu bringen, bekunden oft einige Mühe, sich auf eine ordnungspolitisch vertretbare Linie einzupendeln. Die Ursache dieses Phänomens, das auch im Westen bekannt ist, lässt sich auf das Faktum reduzieren, dass eine demokratische politische Ordnung lediglich ein *Entscheidungsverfahren* zur Verfügung stellt, wogegen die liberal-marktwirtschaftliche Denkweise auf den *Gesetzesinhalt* zielt.

2. Sodann ist der Übergang von einer Zentralverwaltungswirtschaft zu einer Marktwirtschaft unausweichlich mit einer erheblichen *Neuzuteilung und Umschichtung von Produktionsfaktoren* verbunden. Ohne tiefgreifende Friktionen, die sich vorerst einmal in einem sinkenden Lebensstandard bemerkbar machen, ist ein solcher Prozess nicht zu bewerkstelligen. Die Einsicht, dass es zuerst schlechter gehen muss, bevor es besser werden kann, ist nicht unbedingt ein Stimulus für Reformen.

Wie auch immer: Deregulierung im Westen und Reformpolitik im Osten sind Erscheinungen jenes Denkansatzes, der im Werk von Eucken im Zentrum steht. Die wirtschaftlichen Überzeugungen entwickeln sich nicht geradlinig. Die fünfziger Jahre waren ausgefüllt von ordnungspolitischer Diskussionen in Menge. Wie sollte die Nachkriegsordnung aussehen? In der Bundesrepublik gewannen, etwa im Gegensatz zu Frankreich oder England, die Liberalen die Oberhand. Erfolg macht auch ordnungspolitisch übermütig. Die marktwirtschaftliche Konsequenz begann zu erlahmen. Kompromisse wurden zur Regel. Heute dagegen befindet sich die Welt wieder in der Phase einer *marktwirtschaftlichen Renaissance*. Eucken ist daran nicht unbeteiligt. *Willy Linder*

Prüfstein Irak

In seinem Buch *«7 mal Naher Osten»* (vierte Auflage, München 1988) widmet Arnold Hottinger dem Irak ein Kapitel, das betitelt ist: *«Ein Land des Krieges und der Gewalt?»* (S. 227–274). Das Fragezeichen entspricht dem Blick auf eine lange Periode. Für die Zeit der Herrschaft Saddam Husseins, der formell 1988 die absolute Macht errang, zwingt sich, was die Gewalt im Innern und die Expansionslust nach aussen betrifft, das Fragezeichen kaum auf.

Saddam Hussein liess *«am 22. September 1980 neun der insgesamt zwölf irakischen Divisionen auf einer Breite von 60 Kilometern die iranische Grenze überschreiten»*, in der Überzeugung, *«dass der Krieg ziemlich rasch erfolgreich abgeschlossen werden könnte»*. Wenige Tage danach lud er Hunderte von Journalisten aus aller Welt nach Bagdad. *«Sie nahmen an, dass eine Siegespressekonferenz der Anlass war. Die fand aber nie statt.»* Der beidseits opferreiche Krieg dauerte acht Jahre (zitiert nach A. Hottinger).

Der Irak, ein reiches Land, wie seine Waffenkäufe in Ost und West beweisen, ging aus dem selbst ausgelösten Krieg verarmt hervor. Die in Saddam Husseins Sicht zu billigen Öllieferungen aus Kuwait und Saudi-Arabien fügten dem Irak Schaden zu. Auch war der Zugang des Irak zum Meer zu schmal, für einen grossen Hafen nicht tief genug.

Angesichts des fanatischen Fundamentalismus und Schreckensregime des Ayatolla und dessen Auswirkungen auf den Libanon, erschien der Irak als ein Hort religiöser Toleranz und Modernität. Auch neigten ihm die Sympathien des Westens zu.

Die Besetzung Kuwaits am 2. August war ein Spaziergang. Die irakischen Truppen erreichten die Stadt Kuwait in wenigen Stunden. Clausewitz hat geschrieben, dass der Eroberer keinen Krieg wolle, es genüge ihm, friedlich in die Gebiete einzuziehen, die er in seinen Besitz gebracht hat. Zum Krieg komme es erst durch die Gegenwehr, den Versuch, die annexierten Gebiete zu befreien. So mag verständlich sein, dass die Auslöschung eines Mitgliedstaates der UNO — es geschah trotz aller bisherigen Kriege und Invasionen seit dem Bestehen der Weltorganisation zum ersten Mal — nicht zu Protestkundgebungen anregte.

Hatte 1938 der britische Premierminister Neville Chamberlain die Tschechoslowakei *«ein fernes Land, von dem wir wenig wissen»* genannt, wieviel mehr galt das, trotz seiner Bedeutung als Erdöllieferant, für eines der kleinen Golfemirate, in denen es mehr Gastarbeiter als Einheimische gab und die manchmal Eingebürgerten nur Kuwaioter zweiten Ranges blieben! War nicht auch die Tschechoslowakei ein zusammengestückelter Staat gewesen, dessen ungefragt einverleibte Minderheiten — vor allem die deutsche — legitime Gründe zu Unzufriedenheit hatten?

Vielleicht ist jedoch zu wenig bemerkt worden, dass es, vor allem nach der Auflösung des Parlaments, in Kuwait viele Opponenten gab — zum Teil in Haft. Auch bot Saddam Hussein einem führenden Opponenten an, Ministerpräsident zu werden. Der Betreffende lehnte ab. Es fand sich kein einziger Kuwaioter, der den Invasoren unterstützte, kein *«Quisling»*, wie einst im Deutschland überfallenen Nor-

wegen. Nicht einmal die irakische Propaganda hat je behauptet, dass irgend ein Teil des kuwaitischen Volkes die Umwandlung des feudalen Staates in eine Provinz und den Teil einer anderen Provinz im «fortschrittlichen» Irak begrüßt hätte. Auch war das Emirat verhältnismässig offener als andere und als Saudi-Arabien, insbesondere was die Stellung der Frauen betraf. Die Gastarbeiter — darunter zahlreiche Palästinenser — wurden vertrieben, ohne ihre auf Banken eingezahlte Gutshaben beziehen zu können. An der Grenze wurde ihnen alle wertvolle Habe abgenommen. Von irgendeiner Leistung des Iraks zugunsten der Kuwaiter ist nie die Rede gewesen. Welcher Teil der gelieferten Babynahrung und Medikamente hat sie erreicht? Und was hatte diese Razzia mit dem Wohl der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten zu tun?

Diese Begründung wurde nachgeliert. Die Forderung eines «*junctim*», einer Konferenz, die alle Konflikte der Region lösen würde, ist auch im Westen, insbesondere von Frankreich, aufgenommen worden. Sie ist nur Rhetorik, die Italiener sagen «*aria fritta*». Da soll sich Syrien aus dem Libanon zurückziehen. Doch welche muslimische oder christliche Gruppe hat nicht um Assads Beistand gebeten? Von den Libanesen — Christen kämpfen gegen Christen, Schiiten gegen Schiiten — als von einem Volk mit gemeinsamem Horizont und Willen zu sprechen, ist eine Posse innerhalb eines nicht endenden Schreckens. Dem Libanon wurden die kampfwilligen Palästinenser zugeschoben, die das Land israelischem Angriff und Zugriff aussetzten.

Die Begeisterung der Palästinenser Cisjordaniens für einen Araberführer, der von sich aus Israel angriff, ist verständlich. Dass die Führung der PLO sich mitreissen liess, ist es weniger — schon wegen der nunmehr ausbleibenden Subsidien aus den Golfändern, doch vor allem im Blick auf die Zukunft. Gewiss, trotzdem wird es keinen israelisch-palästinensischen Dialog ohne die PLO geben, und die Alternative — die Vertreibung — ist unrealistisch. Die Umstände, unter denen 1945 solche Massenausweisungen geschehen konnten, sind nicht vergleichbar.

Krieg für Öl? Krieg wegen Demokratie und Menschenrechten? In «*European Affairs*» von Februar/März (Elsevier, Amsterdam) schreibt Richard Nixon, dessen weltpolitische Einsichten nie unterschätzt werden durften, es sei «*a war for peace*», ein Krieg für den Frieden. «*Wenn wir diese Aggression nicht zurückrollen, wird keiner der möglichen Aggressoren in Zukunft durch Verwarnungen der USA oder durch Entschlüsse der UNO abgeschreckt werden.*» Es wäre mit der Glaubwürdigkeit einer friedenssicheren Völkergemeinschaft vorbei.

François Bondy

Auf folgende Veröffentlichungen sei verwiesen: Bahman Nirumand (hrsg.), *Sturm im Golf*, Reinbek 1990. Aus Politik und Zeitgeschehen, Beilage von «Das Parlament», Bonn, 8. Februar 1991, insbesondere Bassem Tibi «Der Irak und der Golfkrieg». Erinnert sei an den Beitrag von Khalid Durán in den «Schweizer Monatsheften» «Araber für und gegen Saddám. Kein «Nord-Süd»-Konflikt.» (Januar 1991).